

Gegen den „Kuhhandel“ um Ministerposten

Erstaunlich aktuell: Käte Duncker, nach der die LINKE ihren Sitzungssaal benannt hat

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag hat ihren Sitzungssaal im Funktionsgebäude des Landesparlaments (Raum 201) am 15. Oktober nach der Sozialistin, Pädagogin und Publizistin Käte Duncker benannt. Im „Käte-Duncker-Saal“ finden die Fraktionssitzungen und Veranstaltungen der Linksfraktion statt.

Zahlreiche Gäste nahmen an der feierlichen Benennung teil, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Nach der Eröffnung durch den Fraktionsvorsitzenden Bodo Ramelow ehrte Dr. Birgit Klaubert, Vizepräsidentin des Thüringer Landtags (DIE LINKE), Käte Duncker mit einem historisch-biographischen Rückblick. Anschließend lasen Katja Mitteldorf und Marcel Langner (wissenschaftliche MitarbeiterInnen in der Fraktion) aus Briefen und Landtagsreden von Käte Duncker. Erstaunlich, wie aktuell ihre Themen noch heute wirken, wie ihre Plenarrede zur dringenden notwendigen Einstellung von Lehrkräften. Und mit Verweis auf das „große Geschrei, woher die Mittel zu nehmen“ seien, sagte sie, dass doch eigentlich „genug Geld vorhanden“ sei, und sie forderte „eine höhere Besteuerung der besitzenden Klasse“.

Käte Duncker war 1921 in den Thüringer Landtag gewählt worden, dem sie als eine der ersten Frauen angehörte. Sie setzte sich in der SPD und ab 1918 in der KPD für die berufliche und politische Besserstellung von Frauen, für Bildungsreformen sowie den sozialen und kulturellen Fortschritt ein. Sie schrieb in der sozialistischen Frauenzeitschrift „Gleichheit“ und trat bei

zahlreichen Frauenkonferenzen als Rednerin auf. Zur Tragik ihres Lebens gehört, dass ihr jüngstes Kind Wolfgang 1938 im Exil in der Sowjetunion Opfer der berüchtigten „Stalinschen Säuberungen“ wurde und 1942 in einem Lager verstarb.

Aus der Rede von Birgit Klaubert - komplett unter <http://www.kultur-tour.blogspot.de/>:

Im Spätsommer 1921 wurde Käte Duncker von ihrer Partei aufgefordert,



für den Thüringer Landtag zu kandidieren. Um ihre Kandidatur gab es Querelen, die Käte Duncker „als nicht besonders würdig“ bezeichnete, und sie verzichtete zunächst auf ihr Mandat. Doch Anfang Dezember zog sie als Nachrückerin in den Thüringer Landtag ein. Sie war inzwischen 50 Jahre alt und gewissermaßen alleinstehende Mutter mit Wohnung in Gotha-Siebleben, deren Unterhaltung sich als schwierig erwiesen hatte.

Käte Duncker nahm dieses Mandat sehr ernst, bemühte sich, die Fragen des Kinderelends im Landtag zu thematisieren. Und hier erschlossen sich wieder die Prägungen ihrer Lehr- und Lehrerinnenzeit in Eisenach und Friedrichroda. Es ging ihr darum, nahrhafte Schulspeisung, Kinderkrippen und Kinderhorte einzuführen und die Volksbil-

dung zu verbessern. Käte Duncker war begeistert vom Konzept der Maria Montessori und kümmerte sich um Fachkräfte für die pädagogische Ausbildung. Neben dieser parlamentarischen Tätigkeit musste sie endlose zentrale und regionale Parteikonferenzen bestreiten; die Sitzungstätigkeit war anstrengend und bescherte ihr zum Teil mehrtägige Arbeitsunfähigkeit. Und hinzu kam das weitere Arbeiten mit ihren „Weibern“ auf Frauenversammlungen im ganzen Land. Diese Veranstaltungen brauchte sie, in ihren Briefen gibt sie Auskunft über die Lebhaftigkeit der Diskussionen.

Als 1923 eine Arbeiterregierung unter Beteiligung der Kommunistischen Partei Realität wurde, hatte Käte Duncker weniger grundsätzliche Bedenken gegen diese Entwicklung, doch sie verwahrte sich gegen den „Kuhhandel“ um Ministerposten und dagegen, wie durch die Bezirksleitung der KPD Niederlagen in Siege umgedeutet wurden.

Schon unter Ausnahmegesetz im November 1923 hielt Käte Duncker ihre letzte Landtagsrede, die sinngemäß damit endet, dass die Überlegungen zum Verbot der kommunistischen Partei nicht deren Idee vernichtet werden. Kurze Zeit später wurde der Landtag aufgelöst. Für die nächste Wahlperiode wurde Käte Duncker nicht wieder nominiert.

Knapp 30 Jahre später erinnerte sich Käte Duncker mit folgenden Worten an diese Zeit:

„Und das Schicksal wollte es, dass ich dabei war, als aus den kleinen Vaterländern um den Thüringer Wald herum das Land Thüringen geschaffen wurde - nämlich als Abgeordnete des zweiten Thüringer Landtags zwischen 1921 und 1923.“

VON A BIS Z:

Zalando in der Kritik

Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag erklärte sich mit dem verdi-Mitglied Daniel H. solidarisch. Daniel H. hatte in der Sendung des MDR-Magazins „Exakt“ am 16. Oktober, in dem die Praxis der Ansiedlung von Niedriglohnbetrieben in Thüringen kritisiert wurde, die Arbeitsbedingungen in der Filiale des Internetversandhändlers Zalando im Erfurter Güterverkehrszentrum (GVZ) geschildert. Am Folgetag wurde ihm von Zalando gekündigt. Die Ansiedlung von Zalando in Erfurt ist allein vom Freistaat Thüringen mit über 22 Millionen Euro aus Strukturfondsmitteln gefördert worden. Weitere Förderung kam und kommt von der Bundesagentur für Arbeit und Jobcentern. Der Tarifvertrag für den Einzel- und Versandhandel findet keine Anwendung.

Die Förderung der Ansiedlung von Niedriglohnarbeitsplätzen stellt eine Sackgasse dar. Die Linksfraktion forderte den Thüringer Wirtschaftsminister Matthias Machnig auf, die aktuellen Vorgänge bei Zalando und vor allem die dortigen Arbeitsbedingungen sowie den Umgang mit Beschäftigten zum Anlass zu nehmen, die Einhaltung der Förderbedingungen zu prüfen und gegebenenfalls Fördermittel zurückzufordern, wie es in einem von Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, unterzeichneten Offenen Brief an den Minister heißt. Es ist darauf zu drängen, dass die Kündigung von Daniel H. zurückgenommen wird und sich die Arbeitsbedingungen bei Zalando hin zu „guter Arbeit“ deutlich weiterentwickeln. ■

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten Plenarsitzungen des Landtags finden in der Zeit vom 20. bis 22. November statt.

Tagung zum Thema Frauengesundheit:

Zum Thema Frauengesundheit und speziell unter der Fragestellung „Hat Gesundheit ein Geschlecht?“ laden in den Landtag nach Erfurt zu einer Fachtagung am Montag, den 25. November (9.00 bis 16.30 Uhr), u.a. die Linksfraktion und die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein. Nähere Informationen in der nächsten Ausgabe des Parlamentsreports.

Weitere aktuelle Informationen zur Arbeit der Linksfraktion im Thüringer Landtag:

www.die-linke-thl.de

Verkehrsinfrastruktur

Die Verkehrsminister haben bei einer Sonderkonferenz Erhalt von Neubau beim Straßenbau beschlossen und dringenden Nachholbedarf bei Brücken, Schienen und Straßen bestätigt. „Zu wenig werden Ausbau und Finanzierung des ÖPNV sowie die Erweiterung und Modernisierung von Bahnhöfen und Schieneninfrastruktur in den Fokus genommen“, so MdL Dr. Gudrun Lukin. Gelöst werden müssten zugleich soziale Fragen, wie die Erreichbarkeit des Arztes auf dem Lande, Umweltprobleme, wie die Lärm- und Luftbelastung durch zunehmendes Verkehrsaufkommen, Wirtschaftsfragen, wie die Anbindung von Kommunen, Betrieben und touristischen Zielen an öffentliche Verkehrsmittel. ■

Hochschulen

„Zu 90 Prozent befristete Beschäftigungsverhältnisse an Thüringer Hochschulen und enge Studienstrukturen sind keine gute Voraussetzung, um das Studium in der Regelstudienzeit absolvieren zu können“, so MdL Susanne Hennig. Nur 50 Prozent der Thüringer Bachelorstudierenden konnten ihren Abschluss in den vorgesehenen sechs Semestern absolvieren, an der TU Ilmenau nur sieben Prozent. Nur 41 Prozent können den Masterabschluss in regulärer Zeit erreichen. Die Hochschulen sind finanziell so unter Druck, dass sie Akademiker im wissenschaftlichen Mittelbau zu fast 90 Prozent befristen, in Teilzeit einstellen und Berufseinsteigern keine Karrierewege eröffnen können. ■

Bienenbestand

Auf Anfrage der LINKEN hatte der Landwirtschaftsminister erklärt, dass für eine ausreichende Bestäubungsleistung drei Bienenvölker pro Quadratkilometer notwendig wären, in Thüringen aber durchschnittlich nur 1,8 Völker vorhanden seien. „Dies ist dramatisch und zeigt, dass die Maßnahmen zur Förderung von Bienen und Imkern zu wenig greifen“, so MdL Dr. Johanna Scheringer-Wright. Sie fordert einen Gesamtplan, damit die Bienenbestände langfristig gesichert werden. Die Landesregierung müsse sich intensiv mit den Zwischenergebnissen des seit 2004 durchgeführten Bienen-Monitorings auseinandersetzen. Die LINKE-Abgeordnete kündigt umfassende parlamentarische Initiativen an. ■